



Newsletter März 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über einige politische Ereignisse des März geben, die hoffentlich auf Ihr Interesse stoßen.

In eigener Sache möchte ich darauf hinweisen, dass mein Büro in Brüssel durch Frau Eva-Maria Kirschsieper verstärkt wird.

Eine anregende Lektüre wünscht wie immer

Ihre Erika Mann

Die Themen in der Übersicht

- 1) Die Berliner Erklärung
- 2) Jugendgipfel in Rom
- 3) Die deutsche Ratspräsidentschaft: Der EU-Gipfel am 8./9. März
- 4) EU-Ausschreibungsregelungen umstritten
- 5) Kosteneinsparungen im Zahlungsverkehr
- 6) Europäischer Forschungsrat kann starten
- 7) Die EU diskutiert ein modernes Arbeitsrecht
- 8) Roaming
- 9) Kosovo
- 10) Bürokratie abbauen
- 11) European Partnership Agreement
- 12) Millionenstrafe für Aufzug- und Fahrtreppenkartelle
- 13) 755 Millionen für europäische Filmindustrie
- 14) Milchregelung minimal vereinfacht
- 15) Weitere Informationen

1. Die Berliner Erklärung

Am vergangenen Wochenende trafen sich die 27 europäischen Staats- und Regierungschefs in Berlin, um das 50-jährige Bestehen der Römischen Verträge, und damit das Bestehen der Europäischen Union zu feiern. Neben zahlreichen festlichen Veranstaltungen wurde als Höhepunkt am Sonntag die so genannte Berliner Erklärung unterzeichnet.

Auf meiner Website habe ich umfassende Informationen über die Berliner Erklärung und die Römischen Verträge für Sie zusammengestellt:

<http://www.erikamann.com/scripts/index.php3?id=478>

2. Jugendgipfel in Rom

Ebenfalls zur Feier des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge kamen rund 200 Jugendliche aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten am 24. und 25. März in Rom zusammen. Auf dem ersten EU-Jugendgipfel konnten junge EU-Bürger über Europa diskutieren und Visionen für die Zukunft der Europäischen Union entwickeln.

<http://www.youthforum.org/youthsummit.htm#youthsummit>

3. Die Deutsche Ratspräsidentschaft: Gipfeltreffen 8./9. März

Im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft fand am 8. und 9. März der Frühjahrgipfel der Staats- und Regierungschefs statt. Der Schwerpunkt des Treffens in Brüssel lag traditionsgemäß überwiegend auf den Fragen europäischer Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Daneben ging es diesmal aber auch um die Frage einer besseren Klima- und Energiepolitik. Die Gipfelteilnehmer konnten sich erstmals auf einen umfassenden Aktionsplan für eine europäische Energiepolitik verständigen und durch eine neue Zielsetzung im Klimaschutz die Vorreiterrolle der Europäischen Union unterstreichen (siehe dazu auch Kurzinfo Energie: www.erikamann.com). Es wurden ehrgeizige Ziele bei der Einsparung von CO₂ festgelegt. Bis zum Jahr 2020 sollen alle EU-Staaten gemeinsam die Treibhausgasemissionen um 30% gegenüber dem Jahr 1990 senken.

Für Deutschland und Niedersachsen von Bedeutung war auf dem Gipfel auch die Frage nach einer neuen Normsetzung im Bereich der Umweltbelastung durch Pkw.

4. Kosteneinsparungen im Zahlungsverkehr

Für die europäischen Verbraucher soll es ab 2008 keine Grenzen mehr beim Zahlungsverkehr geben. Das heißt unter anderem dass Zahlungen ins Ausland den inländischen Zahlungen gleichgestellt werden sollen. Kartenzahlungen (z.B. mit EC-Karte), Lastschriften und Überweisungen dürfen dann im Ausland nicht mit höheren Gebühren belegt werden, als im Inland. Darüber hinaus wird ein europaweites Lastschriftverfahren entwickelt (etwa für Mieten, Telefonrechnungen oder Käufe im Ausland). Bei Verlust von Kreditkarten sollen die Besitzer höchstens mit 150 Euro anstelle von bisher mehreren hundert Euro haften. Der zuständige Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament konnte sich Ende März auf die neuen Regelungen verständigen. Die Abstimmung im Plenum ist für Ende April vorgesehen.

5. Interne Auftragsvergabe im öffentlichen Nahverkehr möglich

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat in dieser Woche über einen Bericht abgestimmt, der die europaweiten Ausschreibungsregeln zu Gunsten von mehr Ausnahmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Nahverkehr ändern soll. Konkret wurde beschlossen, dass die Vergabe von so genannten In-house Geschäften bei öffentlichen Aufträgen im Nahverkehr möglich sein soll. Die vollständige Übertragung einer öffentlichen Aufgabe von einer öffentlichen Einrichtung auf eine andere wird demnach kein vergaberechtlicher Vorgang sein. Der Ausschuss fordert

zudem den Rat der Europäischen Verkehrsminister auf, weitere Änderungen an dem von ihm gefundenen Kompromiss vorzunehmen. Mit den vorgenommenen Änderungen beabsichtigt der Verkehrsausschuss, Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen sowie für Kleine und Mittlere Unternehmen eine Schutzklausel einzuführen. Der Grenzwert für die Ausschreibungspflicht soll bei 3 Millionen Euro Auftragsvolumen, bzw. 1 Million Kilometern liegen. Diese sollen keiner Ausschreibungspflicht unterliegen.

Nach der Abstimmung im Plenum muss der Verkehrsrat erneut über das Gesetz abstimmen. Lehnt er den Beschluss des EP ab, kommt es zum Vermittlungsverfahren.

6. Roaming

Das Europäische Parlament hat sich im März umfassend mit dem Thema Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen befasst. Am 20. März hat der Wirtschaftsausschuss in seiner Sitzung über eine Stellungnahme zu dem Bericht des Parlaments abgestimmt, wie der Wettbewerb unter den Mobilfunkanbietern in Gang gesetzt werden kann, der langfristig das Telefonieren im Ausland mit dem Mobiltelefon für die Verbraucher günstiger werden lässt.

Am 12. April wird der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) als federführender Ausschuss ebenfalls über den Bericht abstimmen.

Als stellvertretendes Mitglied im ITRE-Ausschuss habe ich mich umfassend mit dem Thema Roaming beschäftigt und zu dem Bericht meines Kollegen Paul Rübiger einige Änderungsanträge eingereicht. Darin habe ich mich unter anderem dafür eingesetzt, dass es einen EU-Verbrauchertarif gibt, der zum Beispiel die Möglichkeit bietet, Telefon-Flatrates auch für EU-weite Gespräche anzubieten. Ebenso habe ich vorgeschlagen, dass der Telefoninhaber sofort nach Grenzübertritt in ein anderes EU-Land eine kostenlose SMS erhalten soll, in der er über die Tarife im Ausland informiert wird.

7. Ein modernes Arbeitsrecht für das 21. Jahrhundert

Nachdem die Europäische Kommission im November letzten Jahres ein so genanntes Grünbuch für ein modernes Arbeitsrecht im 21. Jahrhundert vorgelegt hat, wird auf EU-Ebene über den sich verändernden Arbeitsmarkt diskutiert. Der Ansatz, mehr Flexibilität auf der einen Seite zu fordern und dafür auf der anderen Seite mehr Sicherheit zu geben ist im Kern zu begrüßen. Insgesamt ist es wichtig, angemessene Strategien für die moderne Arbeitswelt zu entwickeln, in der es immer mehr befristete Arbeitsverträge, unbestimmtere Arbeitszeiten und unterschiedlichere Formen der Beschäftigung gibt. Nach einer Phase der Debatte will die EU-Kommission die vorgeschlagenen Ideen in verschiedene Rechtsakte umsetzen.

Mehr Informationen zum Grünbuch finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/employment_social/labour_law/green_paper_de.htm

8. Europäischer Forschungsrat kann starten

Die Gründungsakte des Europäischen Forschungsrats ist am 22. Februar von der EU-Kommission angenommen worden. In Berlin fand am 27./28. Februar dazu eine Auftaktveranstaltung statt. Damit kann die Institution demnächst ihre Arbeit aufnehmen. Der Forschungsrat soll für eine verstärkte Grundlagenforschung sorgen. Dieser wichtige Baustein für die europäische Forschungslandschaft, kann sehr große und positive Auswirkungen in Niedersachsen haben.

9. Bürokratie abbauen

Ein Aktionsprogramm der EU-Kommission zum Bürokratieabbau ist vom EU-Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 20. Februar grundsätzlich gebilligt worden. Umfassende Informationen erhalten Sie unter:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0023de01.pdf

10. Kosovo

Der Außenausschuss des Europäischen Parlaments stimmt in dieser Woche über einen Bericht ab, in dem die offizielle Position des Parlaments zum so genannten Ahtisaari-Plan (benannt nach dem Sonderbeauftragten der UNO, der den Plan zur Zukunft des Kosovo ausgearbeitet hat) festgelegt werden soll. Der Plan sieht zwar nicht die vollständige Unabhängigkeit des Kosovo vor, allerdings sollen konkrete Schritte unternommen werden, die der Region gewisse staatliche Souveränitätsrechte einräumen. Der Grundkonflikt liegt darin, dass die Bewohner des Kosovo die volle Unabhängigkeit erlangen wollen, während Serbien den Kosovo als Teil Serbiens erhalten will. Die neue serbische Regierung und das Parlament haben den Plan des UN-Sondergesandten Ahtisaari abgelehnt. Der Bericht des Europäischen Parlaments hingegen unterstützt den Plan Ahtisaaris und die Unabhängigkeit der Provinz.

Als Koordinatorin der SPE-Fraktion für internationalen Handel habe ich zum Thema Kosovo eine Stellungnahme abgegeben, in der ich mich für eine wirtschaftliche Stärkung der Region ausgesprochen habe ebenso wie für ein starkes Engagement der Europäischen Union im Kosovo.

11. European Partnership Agreement

Die Europäische Union verhandelt derzeit mit den Staaten Afrikas, der Karibik und im Pazifik (so genannte AKP-Staaten) über ein neues Partnerschaftsabkommen. Die wirtschaftlichen Beziehungen der EU und der AKP-Staaten müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden, um mit den Regelungen der WTO im Einklang zu sein.

12. Millionenstrafe für Aufzug- und Fahrtreppenkartelle

Gegen die Industriegruppen Otis, KONE, Schindler und ThyssenKrupp hat die EU-Kommission am 21. Februar eine Geldbuße von 992 Millionen Euro festgesetzt. Es sind eindeutige Verstöße gegen Artikel 81 des EG-Vertrages, der wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken untersagt, festgestellt worden. Grund ist die Teilnahme an Kartellen beim Einbau und der Wartung von Aufzügen und Fahrtreppen in Belgien, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden.

13. 755 Millionen Euro für europäische Filmindustrie

Am 12. Februar fiel der Startschuss für das neue EU-Programm MEDIA 2007. Über das Programm werden in den kommenden sieben Jahren 755 Millionen Euro für die Förderung der europäischen Filmindustrie bereitgestellt. Nahezu 65 Prozent des Gesamtbudgets sind dafür bestimmt, europäische Produktionen innerhalb und außerhalb Europas weiter zu verbreiten. Mit MEDIA 2007 wird der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert – insbesondere für KMU – und der Einsatz digitaler Technologien.

14. Milchregelung minimal vereinfacht

Die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse soll vereinfacht werden. Die am 15. Februar vorgeschlagenen Änderungen betreffen die private Lagerhaltung, Intervention bei Butter, Einfuhrlizenzen, Konsummilch und Beihilfen für Schulmilch.

15. Weitere Informationen

Das europäische Bürgerschaftsprogramm startet in diesem Jahr in eine neue Förderperiode. Es unterstützt vor allem Initiativen und Organisationen, die die Partizipation der Zivilgesellschaft am Aufbauprozess Europas fördern. Dabei soll eine europäische Identität gestiftet werden, mit gemeinsamen Werten, gemeinsamer Geschichte und Kultur. In vier verschiedenen Programmen unterstützt die EU Bürger, die sich für diese Ziele engagieren.

Programmleitfaden und Antragsunterlagen sind zu finden auf:
http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action4/funding_en.htm
(Bitte Fristen beachten)

Ebenfalls von der EU gefördert werden Kulturprojekte für Kooperationsprojekte. Weitere Informationen hierüber finden Sie unter dieser Webadresse:
<http://eacea.ec.europa.eu/int/static/en/culture/call092006/index.htm>

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO / GATT / GATS)
Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU - Kanada)
Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik
Forschungspolitik